

statt. Wir hoffen, im Herbst dieses Jahres möglichst schnell zu einer Regelung zu kommen. Aber diese Ausnahme kann nur begrenzt sein auf Fälle von wirtschaftlichen und sozialen Härten.

Wir bedauern, dass wir bisher zu keiner Einigung gekommen sind, und überlegen – gegebenenfalls können wir das im Rahmen der Ausschussdebatte klären –, solche Ausnahmeregelungen dann explizit für Nordrhein-Westfalen, aber sehr begrenzt, zuzulassen. Allen muss klar sein: Irgendwann – und das wird in naher Zukunft so sein – brauchen wir aufgrund der Evaluierung der Umweltzonen eine deutliche Verbesserung der Anstrengungen für Umwelt, für Gesundheit im Rahmen der Luftreinhaltung.

Ich will der Evaluierung der Umweltzonen nicht vorweggreifen. Aber es ist klar: Umweltzonen wirken. Sie brauchen jedoch eine stärkere Unterstützung und auch eine höhere Wirksamkeit. Dies ist bereits jetzt den ersten Erkenntnissen der Evaluierung zu entnehmen.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Minister, kommen Sie bitte zum Schuss.

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Ich habe in meinen öffentlichen Äußerungen, um auch das klarzustellen, auf bereits vorhandene Konsense im Ruhrgebiet verwiesen. Der Vorschlag, eine einheitliche große Umweltzone im Ruhrgebiet zu machen, ist von den Kommunen, ist von den Räten, ist von den Umweltdezernenten und Bürgermeistern gerade vor dem Hintergrund „Flickenteppich“ und „Schilderwald“ entwickelt worden. Diese Diskussion steht erneut an. Ich würde mich freuen, auch da eine breite Unterstützung im Parlament zu bekommen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Minister.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrages** der Fraktion der FDP **Drucksache 15/128** an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** – federführend –, an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr** sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt der Überweisung zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist die Überweisung einstimmig beschlossen.

Tagesordnungspunkt

5 Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

Mitteilung
nach § 15
des Abgeordnetengesetzes NRW
Drucksache 15/62

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/188

Der Präsident hat die Daten zur Ermittlung eines Anpassungsbedarfs der Abgeordnetenbezüge mit der Drucksache 15/62 veröffentlicht. Die Daten sind damit dem Landtag zugeleitet worden.

Ich eröffne die Beratung. – Es spricht für die SPD-Fraktion Frau Altenkamp.

Britta Altenkamp (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 28. Juli dieses Jahres hat der Präsident nach § 15 Abgeordnetengesetz dem Landtag den sogenannten Angemessenheitsbericht vorgelegt. Das ist richtig. Das ist Bestandteil des Verfahrens, das wir seit 2005 und dann 2008 in veränderter Form miteinander verabredet haben.

Die zweite Anmerkung, die ich machen will, ist: Das Verfahren in NRW ist ein sehr transparentes Verfahren. Es ist genau festgelegt, welche Bemessungswerte zu wie viel Prozent zur Anpassung der Abgeordnetenbezüge herangezogen werden. Das ist vielleicht auch wichtig in Richtung Öffentlichkeit: Es gibt also keine Rosinenpickerei.

Drittens. Politiker entscheiden nach der Verfassung über die Höhe der Bezüge. Wir können in NRW deutlich machen, dass wir diese Macht nicht missbrauchen, sondern mit Augenmaß vorgehen. Über die Bezüge selber zu entscheiden ist angesichts des öffentlichen Interesses für uns Sozialdemokraten kein Privileg, sondern Verpflichtung zu größtmöglicher Transparenz.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Viertens. Wir haben in NRW keine steuerfreien Pauschalen oder andere Kostenerstattungen, sondern alle unsere mandatsbedingten Aufwendungen sind mit den Abgeordnetenvergütungen abgegolten und werden voll versteuert. Dies unterscheidet uns entscheidend von allen anderen Landesparlamenten und vom Bundestag.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Deshalb ist es auch überhaupt nicht hilfreich, wenn das Bundesverfassungsgericht feststellt, dass steuerfreie Pauschalen bei den Aufwendungen der Bundestagsabgeordneten verfassungsgemäß sind. Das wiederum führt dazu, dass der Eindruck entsteht, wir hätten zu unserem eigenen Nachteil

entschieden. Das ist mitnichten so. Wir haben ganz bewusst entschieden und wollten Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger schaffen. Das ist mit unserer Regelung auch gelungen.

Fünftens. Darüber hinaus kommen wir Abgeordneten des Landtags Nordrhein-Westfalen selbst für unsere Altersvorsorge auf. Das ist eine Besonderheit gegenüber allen anderen Parlamenten, für uns aber selbstverständlich. Das wird in der Öffentlichkeit gern unterschlagen.

(Beifall von der SPD, von der CDU und von der LINKEN)

Sechstens. Keine Frage: 10.093 € sind mehr, als viele Bürgerinnen und Bürger als Einkommen in Nordrhein-Westfalen haben. Wie es zu diesem Betrag kommt, ist aber in sich nachvollziehbar. Es ist nachvollziehbarer als so manches Gehalt, das in NRW bezahlt wird.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Siebtens. Weil wir Sozialdemokraten von den Regelungen, die wir 2005 getroffen haben, überzeugt sind, haben wir auch kein Problem damit, unsere Haltung hier im Parlament zu vertreten. Dazu hätte es keiner Initiative der Linken bedurft.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Achtens. Deshalb nehmen wir als SPD-Fraktion die Unterrichtung des Präsidenten zustimmend zur Kenntnis. Den Entschließungsantrag der Fraktion der Linken lehnen wir als SPD-Fraktion ab.

Wir haben es hier mit einer Initiative zu tun, die in ihrer politischen Absicht durchsichtig und erklärbar ist. Sie richtet sich wohl vor allen Dingen an die eigene Klientel und die eigenen Mitglieder.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und von der CDU)

Das kann man durchaus verstehen, wenn man die Diskussion um ihren Co-Vorsitzenden Herrn Ernst beobachtet. Wir können für uns als Sozialdemokraten des nordrhein-westfälischen Landtags sagen: Wir sind froh und stolz auf diese Regelung. Wir müssen uns nicht verstecken. Wenn Sie es möchten, können wir jedes Jahr darüber diskutieren.

In diesem Jahr nehmen wir den Bericht zustimmend zur Kenntnis. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD, von der CDU, von den GRÜNEN und von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Altenkamp. – Für die Fraktion Die Grünen spricht Frau Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seitdem ich in

den Landtag gewählt worden bin, haben wir in jedem Jahr einen Redebeitrag zu den Abgeordnetenbezügen. In jedem Jahr wird darauf hingewiesen, dass unser System in Nordrhein-Westfalen Modellcharakter hat. Das ist richtig; denn in NRW zahlen die Abgeordneten selbst für ihre Altersversorgung ein. In NRW gibt es keine Aufwandspauschalen, sondern wir gehen jedem ausgegebenen Cent nach.

In der letzten Legislatur haben sich die Grünen vehement dafür eingesetzt, ein transparentes Verfahren mit objektivierbaren Kriterien einzuführen, die die Erwerbsstrukturen und die Lohn- und Gehaltsentwicklung der tariflich Beschäftigten im öffentlichen Dienst, im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich ebenso einbeziehen wie die Entwicklung der Regelleistungen beim Arbeitslosengeld II oder der Rentenbezüge. Dazu werden noch die Lebenshaltungskosten über den Verbraucherpreisindex berücksichtigt.

Das NRW-Modell ist einzigartig in der Bundesrepublik und vielfach positiv kommentiert. Es ist mehr als überfällig, dass endlich auch andere Parlamente diesem Diätenmodell folgen.

Alle fünf Fraktionen haben am 13. Juli dieses Jahres einstimmig beschlossen, das Verfahren zur Anpassung der Abgeordnetenbezüge und der Mitarbeiterpauschale für die Legislatur in Kraft zu setzen. Nach Vorlage des Anpassungsberichts hat sich der Landtag getrennt davon mit der Frage der Anpassung zu befassen. Ich habe es übrigens noch nicht erlebt, dass in diesem Bereich nicht noch einmal kritisch durch die Presse berichtet worden wäre.

Bei der vorgesehenen Erhöhung in Höhe von 1,14 % habe ich auch angesichts des objektivierbaren Berechnungsverfahrens bisher keine Stimme – auch in der Presse nicht – vernommen, die die Angemessenheit bezweifelt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Gerade weil wir das NRW-Modell in Kraft gesetzt haben und Abgeordnete nicht unverhältnismäßig in Bezug auf die Altersversorgung alimentiert werden, ist die Anpassung für die Abgeordneten in dieser Höhe in Ordnung. Sie findet ihren Niederschlag auch in den Einzahlungen in das Versorgungswerk.

Das Verfassungsgericht hat uns aufgegeben, dass wir als Abgeordnete selbst über unsere Bezüge befinden müssen. Die Kollegin hat das schon ausgeführt. Gerade weil wir in NRW keine Versorgung „über den Durst“ mehr haben, will ich dafür werben, dass wir auch selbstbewusst zu der Arbeitsleistung der Abgeordneten stehen. Wir müssen unser Licht nicht unter den Scheffel stellen. Wir machen transparent, was wir arbeiten und leisten. Wir tun dem Parlament keinen Dienst, wenn wir das infrage stellen.

(Beifall von den GRÜNEN, von der CDU und von der SPD)

Ich kenne darüber hinaus auch keinen Abgeordneten der Grünen – in vielen anderen Fraktionen ist das genauso –, der nicht ohnehin seit Beginn seines Mandats einen Spendentopf hätte, um zum Beispiel soziale oder kulturelle Initiativen und Projekte vor Ort zu sponsern oder um Jugendlichen in der Entwicklungs- und Friedensarbeit im Auslandsjahr eine Unterstützung zu geben.

Es ist und bleibt aber selbstverständlich eine individuelle Entscheidung, wie mit der Anpassung umgegangen wird. Das betrifft auch das individuelle Votum, ob man der Anpassung zustimmt oder nicht. Zur Kenntnis nehmen wir die Unterrichtung natürlich.

Unsere Fraktion hat die Unterrichtung zur Kenntnis genommen und stimmt dem Vorschlag der Anpassung mit großer Mehrheit zu. Eine geringere Zahl von Abgeordneten nimmt die Unterrichtung selbstverständlich zur Kenntnis, stimmt zum jetzigen Zeitpunkt aber nicht zu.

Der Entschließungsantrag der Fraktion Die Linken, der die Anpassung für ein gesamtes Jahr aussetzen möchte, findet allerdings nicht unsere Zustimmung. Das ist vor allem deshalb der Fall, weil die Linken auf dem Weg bis zum heutigen Tag auf verschiedenen Ebenen sehr differenzierte Äußerungen von sich gegeben haben. Sie haben erst jetzt die populistische Kehrtwende gemacht und äußern sich in entsprechender Art und Weise. Das kann kein ernst gemeinter Umgang mit diesem Vorgang sein.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Beer. – Das Wort für die Fraktion Die Linke hat Herr Michalowsky.

Ralf Michalowsky (LINKE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mir ist klar, dass viele von Ihnen es lieber sehen würden, wenn ich hier nicht stehen würde; doch ich kann Ihnen das nicht ersparen.

Frau Altenkamp, Sie sprachen davon, dass wir mit diesem Antrag unsere eigene Klientel bedienen würden. Ich muss Sie enttäuschen: Der größte Teil der Klientel, die wir damit ansprechen, gehört zu Ihrem Wählerlager. Ansonsten hätten wir bei der letzten Wahl ungefähr 30 % der Stimmen der prekären Bevölkerung bekommen.

Wenn Sie Klaus Ernst ansprechen, kann ich Ihnen nur sagen: Die Abzocker sitzen nicht im Deutschen Bundestag, sie sitzen zum Teil hier.

(Zuruf von der CDU: Frechheit! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Ganz vorsichtig! – Weitere erregte Zurufe)

– Auf den schwarzen Block komme ich gleich. Ich will erst einmal auf Frau Altenkamp antworten.

Ich glaube, dass 50 % der hier Anwesenden ein höheres Bruttoeinkommen haben als Klaus Ernst, weil Sie neben den 10.000 €, die es hier gibt, ihre Kommunalmandate haben, Fraktionsvorsitzende sind und zum größten Teil noch ihre alten Berufe ausüben. Das ist Abzocke.

(Widerspruch von den GRÜNEN)

Ich weiß wirklich nicht, wie man neben dieser Tätigkeit hier noch einen Beruf ausführen kann. So viel dazu.

(Zuruf: Das ist eine Unterstellung! – Zurufe)

Wenn der schwarze Block da drüben meckert, muss ich Ihnen sagen: Sie haben in den letzten Jahren eine Schneise der Verwüstung in das Beziehungsgeflecht des Bürgers zum Parlament geschlagen.

(Widerspruch von der CDU und von Rainer Schmeltzer [SPD] – Unruhe)

Das Wort „Verwüstung“ lassen Sie sich mal auf der Zunge zergehen. Ich will nicht mit Herrn Leisler Kiep, mit seinem Unterschriftenautomaten anfangen. Aber Sie haben einen Abgeordneten in Ihren Reihen, der als Rechtsanwalt über Jahre hinweg den doppelten Krankenversicherungszuschuss kassiert hat. Sie hatten eine Präsidentin, die für anderthalb Stunden Tätigkeit mehr bekommen hat, als ein großer Teil der Bevölkerung im Jahr erhält.

(Manfred Palmen [CDU]: Das ist etwas anderes! Kommen Sie mal zum Thema! – Fortgesetzt Unruhe)

– Lassen Sie mich zu meiner Rede kommen.

Ich weiß, dass Sie in der letzten Wahlperiode eine Regelung beschlossen haben, die es zulässt, dass dieser Tagesordnungspunkt ohne Aussprache und ohne Abstimmung sozusagen durchläuft. Doch da draußen sitzen Millionen Menschen, die überhaupt kein Verständnis dafür haben werden, wenn die Abgeordneten dieses Landtags klammheimlich eine Diätenerhöhung genehmigen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Klammheimlich? – Christian Möbius [CDU]: Das ist Transparenz pur! – Weitere Zurufe)

– Klammheimlich deshalb, weil Sie nicht darüber reden und darüber abstimmen wollten.

Auch wenn wir am 13. Juli dem Berechnungsverfahren zugestimmt haben, gefällt es meiner Fraktion überhaupt nicht, dass daraus jetzt zwangsläufig eine Erhöhung resultieren soll.

(Christian Möbius [CDU]: Aber einstecken tut ihr es gerne!)

Dort draußen gibt es Millionen von Menschen, die von den Parteien halblinks bis rechts an den Rand des Existenzminimums getrieben wurden, Familien, die Monat für Monat jeden Euro zweimal umdrehen müssen, Menschen, die immer neuen Repressionen ausgesetzt werden, die sich die Politiker der Agenda-Parteien, die vor mir sitzen, einfallen lassen.

(Zuruf von der CDU: Es kann nicht jeder Porsche fahren!)

– Zum Thema „Porsche“ kann ich Ihnen etwas sagen. Gehen Sie mal durch die Landtagstiefgarage: 80 % der Autos haben einen höheren Wert als das Auto von Klaus Ernst.

(Lachen von der CDU – Zurufe von den GRÜNEN – Rainer Schmelzter [SPD]: Wissen Sie eigentlich, wie lächerlich Sie sich machen? – Weitere lebhaftes Zurufe)

Wir sind der Auffassung, dass es diesem Parlament gut zu Gesicht stehen würde, wenn es so lange Nullrunden beschließt, wie die prekäre Lebenssituation eines Großteils der Bevölkerung anhält.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Michalowsky, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Markert?

Ralf Michalowsky (LINKE): Ja.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Lieber Kollege Michalowsky, ich wollte mich eigentlich bei diesem Punkt nicht zu Wort melden, möchte Sie aber doch etwas fragen. Sie sprachen unter anderem Leute an, die zum Beispiel noch Kommunalmandate haben. Ist Ihnen bekannt, dass viele von denen ihre Aufwandsentschädigungen für das Kommunalmandat spenden? Und ist Ihnen bekannt, dass es auch Abgeordnete gibt – ich beziehe mich ausdrücklich ein –, die zum Beispiel Fahrzeuge fahren, die schon zehneinhalb Jahre alt sind und möglicherweise nicht dem Wert eines Porsche entsprechen? Ist Ihnen bekannt, dass es gut ist, in solchen Debatten sachlich vorzugehen?

(Rainer Schmelzter [SPD]: Das scheint ihm nicht bekannt zu sein!)

Ralf Michalowsky (LINKE): Ich würde gerne sachlich bleiben, aber bei diesen Zwischenrufen verbietet sich das geradezu.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Die haben Sie doch provoziert!)

Sie werden in der Presse sicher nachgelesen haben, dass das Auto von Herrn Ernst 16 Jahre alt ist. Ich habe nicht davon gesprochen, dass alle hier neue Autos fahren. Ich habe davon gesprochen,

dass 80 % der Autos in der Tiefgarage einen höheren Wert haben als das Auto von Klaus Ernst.

(Zurufe)

Über die Spendenpraxis einzelner Parteimitglieder bin ich nicht informiert, aber ich kenne einzelne Beispiele, die ich nennen könnte, die dem widersprechen, was Sie gerade gesagt haben.

(Widerspruch von Christian Möbius [CDU] – Weitere Zurufe)

Den Text unseres Antrags haben Sie alle vor sich. Für den Fall, dass Sie unseren Antrag ablehnen und es doch zu einer Erhöhung kommt, kündigen wir hiermit an, dass alle Mitglieder unserer Fraktion den zu erwartenden höheren Betrag für die Dauer der Wahlperiode einem sozialen Zweck zukommen lassen werden.

(Beifall von der LINKEN – Fortgesetzt Zurufe)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Michalowsky. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte mich zu dieser fortgeschrittenen Stunde eigentlich nicht mehr zu Wort melden. Aber es ist schon wichtig, dass durch den Entschließungsantrag der Linksfraktion kein falscher Eindruck vermittelt wird.

(Lachen von der LINKEN)

Sie wissen ganz genau, dass Ihr Entschließungsantrag völlig wirkungslos ist.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Das ist ja das Problem!)

Sie haben selber zugestimmt, als dieses Parlament aus guten Gründen, wie meine Vorredner dargestellt haben, diesen Erhöhungsautomatismus nach einem sehr detaillierten, differenzierten, wirklich repräsentativen und sehr verfeinerten Verfahren der Ermittlung, in die alle Sozialindikatoren eingehen, beschlossen hat. Dieses Verfahren ist mit Ihnen so geregelt worden.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wir haben keinen Automatismus beschlossen!)

Sie wissen, dass somit Ihr Antrag purer Populismus ist.

(Beifall von der FDP, von der CDU, von der SPD und von den GRÜNEN)

Ob dieser Antrag beschlossen wird oder nicht, ändert an der von Ihnen mit beschlossenen Erhöhung nichts. Dabei handelt es sich um eine Anpassung, die je nachdem, wie die Indikatoren sind, mal positiv und mal negativ ausgehen kann. Das ist das mit Ihnen allen gemeinsam aus guten sachlichen Grün-

den vorbesprochenen und abgestimmten Verfahren, das dieses Haus vor der Sommerpause einstimmig auf den Weg gebracht hat.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Aber kein Automatismus!)

Jetzt jedes Jahr Entschließungen vorzulegen, deren rechtliche Wirkungslosigkeit man schon zu dem Zeitpunkt kennt, zu dem man sie vorlegt, ist keine seriöse Politik.

(Beifall von der FDP, von der CDU, von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Witzel. – Für die Fraktion Die Linke spricht noch einmal Herr Michalowsky.

Ralf Michalowsky (LINKE): Ich habe noch etwas Redezeit übrig und möchte nicht, dass Märchen im Raum stehen bleiben, die Herr Witzel verbreitet.

(Ralf Witzel [FDP]: Bitte?)

Wir haben am 6. Juli die Drucksache 15/38 beschlossen,

(Zustimmung von Ralf Witzel [FDP])

in deren letzten Absatz es heißt:

„Mit einer solchen Beschlussfassung ist keine Entscheidung über die Frage verbunden, ob, wann und in welchem Umfang die Abgeordnetenbezüge und die Mitarbeiterpauschale angepasst werden. Mit einer Anpassung hat sich der Landtag – getrennt von der vorliegend beschriebenen Verfahrensentscheidung – nach Vorlage der jeweiligen Anpassungsberichte zu befassen.“

Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Michalowsky. – Wir sind am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/188**. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die Fraktion Die Linke. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne, CDU, FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der Entschließungsantrag **abgelehnt**.

(Beifall von der CDU)

Die **Unterrichtung Drucksache 15/62** ist damit **zur Kenntnis genommen**.

Wir kommen zu:

6 Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe in den Gymnasien und Gesamtschulen

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/134

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes Rücknahme des sog. „Turbo-Abiturs“ G8 in der Sekundarstufe I

Gesetzentwurf
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/135

erste Lesung

Entgegen der Tagesordnung haben sich die Fraktionen darauf verständigt, den **Antrag Drucksache 15/134** und den **Gesetzentwurf Drucksache 15/135** ohne Debatte an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** ohne Debatte zu **überweisen**.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer stimmt der Überweisung zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit sind Antrag und Gesetzentwurf einstimmig überwiesen. Die abschließende Beratung und Abstimmung über den Antrag erfolgt im Plenum nach Vorlage der Beschlussempfehlung des Ausschusses.

Wir kommen zu:

7 Erzieher und Tagesväter: Attraktivität und Nachfrage müssen gestärkt werden!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/118

Entgegen der Tagesordnung haben sich die Fraktionen darauf verständigt, den **Antrag Drucksache 15/118** an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend** ohne Debatte zu **überweisen**.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer stimmt der Überweisung zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag einstimmig überwiesen.

Dann kommen wir zu:

8 Ausbau der Kindertagesbetreuung noch weiter vorantreiben – Engagement der privat-gewerblichen Träger honorieren

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/100